



Universität Zürich

Forschungsstelle für  
Politische Wissenschaft  
Abteilung Innenpolitik/Vergleichende Politik

Prof. Dr. Ulrich Klöti

Künstlergasse 16  
Telefon 01 257 38 41

CH-8006 Zürich, den 26. Juni 1990

## Studie zur Asylpolitik

### **Kenntnisse und Einstellungen zu Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik**

Bericht über die Ergebnisse einer Umfrage im Auftrag des Delegierten für das Flüchtlingswesen.

Durchgeführt als Ergänzung zur VOX-Analyse März 1990. Mit einem Vergleich mit der Umfrage von 1988.

Verantwortlich:

Prof. Dr. Ulrich Klöti

Redaktion:

Christof Buri, lic.phil.

BUNDESAMT FÜR FLÜCHTLINGE  
Bibliothek und Dokumentation

*Lob Doc. 429*

alexandria.admin.ch



1950374032

## 1 FRAGESTELLUNG

Das schweizerische Asylgesetz ist seit Anfang der achtziger Jahre in Kraft. Eine erste Revision wurde 1983/84 vorgenommen. Die zweite Asylgesetzrevision von 1986/87 hat eine Beschleunigung des Verfahrens und die Einführung von Grenztoren gebracht. Eine weitere Revision wurde vom Parlament im Sommer 1990 behandelt.

Die vorliegende Untersuchung stellt die Aktualisierung einer Umfrage für den Bericht der interdepartementalen Strategiegruppe "Strategie für eine Flüchtlings- und Asylpolitik der 90-er Jahre" vom Januar 1989 dar. Einerseits geht es darum, die Haltung der Bürger zur aktuellen Politik zu ergründen, andererseits kann die Umfrage einen Gradmesser und Trendindikator abgeben, inwiefern die Informationskampagnen des Delegierten für das Flüchtlingswesen (DFW) das Wissen der Bevölkerung über die schweizerische Asylpraxis zu verbessern vermochten.

Der 1988 vom DFW zusammengestellte Fragensatz wurde für die vorliegende Studie von der Forschungsstelle für Politische Wissenschaft überarbeitet und aktualisiert. Die 998 Interviews wurden von der Schweizerischen Gesellschaft für praktische Sozialforschung im Rahmen der VOX-Analyse zur eidgenössischen Abstimmung vom April 1990 durchgeführt. Die Befragten wurden nach einem kombinierten Random-Quota-Verfahren ausgewählt, was eine repräsentative Stichprobe ergab, die signifikante Aussagen bei Abweichungen von ca. 3 bis 5 Prozent erlaubt. Die Auswertung und Kommentierung der Daten erfolgte durch die Forschungsstelle für Politische Wissenschaft, die damit auch die Verantwortung für den vorliegenden Bericht übernimmt.

## 2 WISSENSSTAND

Flüchtlings- und Asylfragen gehören zu den meistdiskutierten Themen der schweizerischen Politik. Rassistische Übergriffe auf Einrichtungen der Flüchtlingsbetreuung und heftige Angriffe von verschiedener Seite auf Einzelentscheide der Vollzugsbehörden sorgen mit erschreckender Regelmässigkeit für Schlagzeilen. Dieser Umstand ist symptomatisch für die heutige Situation: die sachliche Information und Auseinandersetzung über

Asylfragen wird verdrängt und überschattet von der Vereinnahmung des Themas durch extreme politische Gruppierungen, begleitet von einer fortschreitenden Polarisierung des Meinungsspektrums.

Es hat unter diesen Voraussetzungen in der ersten Umfrage von 1988 deshalb nicht sonderlich überrascht, dass das Wissen der Bürger über die Probleme und ihre Hintergründe im Bereich der Asylpolitik eher gering ist. Der neuen Untersuchung liegt die Hypothese zugrunde, dass sich der Wissensstand der Bevölkerung in den letzten zwei Jahren nicht verbessert hat.

### 2.1. Anzahl Asylbewerber und Flüchtlinge

Die erste Wissensfrage bezog sich auf den Anteil der Asylbewerber und Flüchtlinge an der Gesamtzahl der in der Schweiz lebenden Ausländer. Die Befragten konnten aus fünf vorgegebenen Kategorien diejenige auswählen, die sie als richtige Grösse schätzten.

**Tabelle 1**

Geschätzte Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge in der Schweiz

Zahl 1988 Antwortkategorie	1990 Antwortkategorie	1988 N	1988 %	1990 N	1990 %
10'000		130	12		
	20'000			86	9
50'000(*)		335	32		
	70'000(*)			216	22
100'000	100'000	246	23	203	20
200'000	200'000	96	9	113	11
	mehr als 200'000			107	11
weiss nicht/k.A.		260	24	273	27
<b>Total</b>		<b>1067</b>	<b>100</b>	<b>998</b>	<b>100</b>

(\*) korrekte Antwort

Tabelle 1 zeigt, dass nur gerade 22 Prozent der Befragten auf die richtige Antwort tippen, 1988 waren es noch 32 Prozent. Die Tendenz, die Zahl der Asylbewerber und Flüchtlinge in der Schweiz massiv zu überschätzen, hat in den letzten zwei Jahren offensichtlich deutlich zugenommen. Der Anteil derjenigen, die eine Zahl von 200'000 oder mehr Asylbewerbern angaben, hat sich in diesem Zeitraum mehr als verdoppelt. Zudem ist die Zahl der Befragten, die keine Antwort wissen oder zu geben bereit sind, eher im Steigen begriffen.

Der korrekten Zahl am nächsten kamen 1990 CVP-Sympathisanten (32%) und regelmässige Urnengänger (25%). Männer (25%) sind eher richtig informiert als Frauen (19%), jüngere Befragte im Alter von 20 bis 39 Jahren (24%) richtiger als Rentnerinnen und Rentner (19%) und Befragte mit Mittelschul- oder Hochschulbildung (27%) nennen die korrekte Zahl weitaus häufiger als Befragte, die nur die obligatorischen Schulen besucht haben (16%). Deutschschweizer (47%) überschätzen die Zahl der Flüchtlinge und Asylbewerber eher als Westschweizer (35%). Zu hohe Zahlen werden auch von einer Mehrheit der SPS-Sympathisanten genannt (51%).

In keiner der analysierten Subgruppen der Stichprobe übersteigt der Anteil der korrekt Antwortenden 40 Prozent. Richtig informiert sind am ehesten gutgebildete, politische interessierte Befragte, die dem Profil eines Meinungsführers entsprechen.

## 2.2. Herkunft der Asylbewerber 1989

Zumindest was das Wissen über die Herkunft der Asylbewerber und Flüchtlinge anbelangt, ist 1990 gegenüber 1988 eine Verbesserung feststellbar. Als mögliche Herkunftsländer /-regionen waren Osteuropa, Südamerika, die Türkei, Afrika und Sri Lanka (in dieser Reihenfolge) vorgegeben, wobei die Befragten Gelegenheit hatten, auch noch andere Länder und Regionen zu nennen.

**Tabelle 2**

Herkunft der Asylbewerber 1989

Herkunft	1988		1990	
	N	%	N	%
Türkei	334	31	523	52
Sri Lanka	572	54	310	31
Andere	70	7	83	10
weiss nicht/k.A.	91	8	72	7
Total	1067	100	998	100

Mehr als vier Fünftel der Befragten gaben (wie 1988) die Türkei oder Sri Lanka als wichtigstes Ursprungsland an, allerdings in umgekehrter Reihenfolge als 1988. Mit der Türkei gab mehr als die Hälfte der Befragten 1990 die richtige Antwort. Dies mag auf einen veränderten Aufmerksamkeitsschwerpunkt in den Medien und auf die Informationsbemühungen des DFW zurückzuführen sein. Dass den Medien eine entscheidende Rolle bei der Informationsvermittlung im Bereich der Asylpolitik zukommt, lässt sich ferner daraus ersehen, dass in der Westschweiz 15 Prozent der Befragten Afrika als wichtigste Herkunftsregion nannten, während in der Deutschschweiz diese Region von niemandem angegeben wurde. Insbesondere die Diskussion in der Presse über die Ausschaffung der Zairer Maza und Musey, aber auch der höhere Anteil von Asylbewerbern aus ehemaligen französischen und belgischen Kolonien in der Westschweiz erklären dieses Ergebnis.

Eine Kreuztabellierung der beiden Kenntnisfragen zeigt, dass nur gerade 124 von 984 Antwortenden (13%) sowohl über die Zahl der Asylbewerber wie über die wichtigste Herkunftsregion Bescheid wissen. Mehr als 38 Prozent der Befragten beantworteten beide Fragen falsch oder gar nicht.

**Tabelle 3**

Kenntnisse des Herkunftslandes und der Zahl der Asylbewerber  
(in Klammern: Prozentwerte 1988)

Kenntnis des Herkunftslandes	Kenntnis der Zahl der Asylbewerber		
	richtig	falsch oder weiss nicht	Total
richtig	124 13% (11%)	92 9% (15%)	216 22% (26%)
falsch oder weiss nicht	391 40% (20%)	377 38% (53%)	768 78% (74%)
Total	515 52% (31%)	469 48% (69%)	984 100% <sup>1)</sup> (100%)

1) Ohne Befragte, die auf eine der beiden Fragen keine Antwort gaben.

Während die wichtigsten Herkunftsländer heute besser bekannt sind als 1988, hat der Wissenstand über die Zahl der Asylbewerber abgenommen. Es ist zudem eine zunehmende Ueberschätzung des quantitativen Ausmasses der Flüchtlingsfrage festzustellen. Insgesamt sind die Kenntnisse der politischen und administrativen Probleme im Bereich der Asylpolitik wie schon 1988 als gering zu veranschlagen.

### 2.3. Rechtslage

Was die Kenntnisse der Rechtslage anbelangt, sind gegenüber 1988 kaum Veränderungen festzustellen. Der klassische Flüchtlingsbegriff, wonach Asyl erhalten kann, wer von einem Staat aus politischen oder religiösen Gründen verfolgt wird, wird von 553 Befragten (55%) angesprochen. Von einem Fünftel der Befragten wird die Bedrohung durch kriegerische Ereignisse als rechtlicher Anerkennungsgrund eingestuft. Dies ist insofern verständlich, als in den meisten kriegerischen Auseinandersetzungen religiöse, ethnische oder politische Minderheiten Verfolgungen ausgesetzt sind. Demgegenüber scheint weitgehend Klarheit darüber zu bestehen, dass wirtschaftliche Not und persönliche Gründe kein Recht auf Anerkennung als Flüchtling geben.

**Tabelle 4**

Flüchtlinge im rechtlichen Sinne

Anerkennungsgründe	1988		1990	
	N	%	N	%
- Bedrohung durch Krieg	275	26	205	21
- Staatliche Verfolgung aus politischen oder religiösen Gründen	622	58	553	53
- Wirtschaftliche Not	53	5	103	10
- andere Gründe	64	6	68	7
- weiss nicht/k.A.	53	5	69	7
Total	1067	100	998	100

Die einzelnen Bevölkerungsgruppen unterscheiden sich in ihren Kenntnissen über die rechtlichen Anerkennungsgründe nur geringfügig. Der klassische Flüchtlingsbegriff ist am ehesten regelmässigen Urnengängern (65%), Mittel- und Hochschulabsolventen (68%), Sympathisanten der Grünen Partei (65%) und jüngeren Befragten (61%) bekannt. Von Arbeitern wird die Bedrohung durch kriegerische Ereignisse überdurchschnittlich oft genannt (28%).

#### 2.4. Kontakt mit Flüchtlingen

Rund ein Drittel der Befragten (31%; 1988: 28%) kennt einen Flüchtling persönlich. Am ehesten finden sich Asylbewerber im Bekanntenkreis von Westschweizern (38%), Befragten mit Mittel- oder Hochschulbildung (40%) und Jungen (36%). Es stellt sich die Frage, ob die grössere Vertrautheit mit der Flüchtlingsproblematik, die sich aus privaten Kontakten zu Asylbewerbern ergeben mag, auch mit besseren Kenntnissen verbunden ist. 1988 liess sich ein solcher Zusammenhang nicht schlüssig nachweisen.

Die Resultate der vorliegenden Untersuchung ergeben ein leicht anderes Bild: Die Hypothese, wonach die persönliche Bekanntschaft mit einem Flüchtling oder Asylbewerber zu einem besseren Verständnis der Probleme

matik oder zu einer liberaleren Haltung führt, kann zum Teil als bestätigt betrachtet werden. Insbesondere über den rechtlichen Flüchtlingsbegriff wissen Befragte, die einen Asylbewerber kennen, besser Bescheid (64% richtige Antworten). Ebenso sind diese Befragten eher bereit, Flüchtlinge überhaupt in die Schweiz zu lassen: 48 Prozent wenden sich in dieser Frage gegen Aufnahmegrenzen, während es bei allen Befragten im Schnitt nur 36 % sind.

### 3 POLITISCHE LAGEBEURTEILUNG

#### 3.1. Zahl der Flüchtlinge

Eine zweite Gruppe von Fragen gab den Befragten Gelegenheit, sich zur aktuellen Asylpolitik, bzw. zu ihren Auswirkungen zu äussern.

Auf die Aufnahmepraxis der Schweiz angesprochen, äusserte sich die Mehrheit der Bürger dahingehend, dass die Schweiz eher zuviele Flüchtlinge aufnehme. 55 Prozent und damit deutlich mehr Befragte als 1988 (39%) sind der Auffassung, dass die Grenzen zu offen sind. Nur gerade acht Prozent (1988: 15%) wären 1990 bereit, auch grosszügiger Asyl zu gewähren. Ein knappes Drittel (1988: 39%) findet die heutige Aufnahmepraxis angemessen. Damit haben sich die Positionen weiter polarisiert, und zwar in der zentralsten Frage.

**Tabelle 5**

Beurteilung der Zahl der Flüchtlinge

Die Schweiz nimmt...	1988		1990	
	N	%	N	%
- zu wenig Flüchtlinge auf	158	15	82	8
- eine angemessene Zahl von Flüchtlingen auf	419	39	301	30
- eher zu viele Flüchtlinge auf	414	39	544	55
- weiss nicht/k.A.	76	7	71	7
Total	1067	100	998	100

Als bestimmende Merkmalsdimensionen kristallisieren sich dabei das Bildungsniveau, das Alter und die politische Orientierung heraus. Sympathisanten von Linksparteien und der Grünen Partei, jüngere Befragte und solche mit hoher Schulbildung unterstützen eher eine liberale Asylpolitik. Arbeiter und ältere Befragte, sowie Schweizerinnen und Schweizer, die mit bürgerlichen Parteien sympathisieren, finden hingegen, dass die Schweiz eher zu viele Flüchtlinge ins Land lasse. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Dimensionen zum Teil überlagern. Auch in der multivariaten (log-linearen) Analyse, bei welcher die Wirkung mehrerer Erklärungsgründe miteinander getestet wird, erweisen sich sowohl der Alters- wie auch der Bildungseffekt als stabil und hochsignifikant.

Schliesslich wurde die Frage untersucht, ob die Kenntnis der Rechtslage oder anderer Aspekte der Asylproblematik einen Einfluss auf die Beurteilung der Zahl der Flüchtlinge hat. Insbesondere jene Befragte, die religiöse und politische Verfolgung richtigerweise als rechtlichen Asylgrund nannten, neigen dazu, in dieser Frage eine liberalere Haltung einzunehmen.

### 3.2. Einschätzung der Asylgründe

Die Befragten wurden weiter um eine Beurteilung der Gründe gebeten, die Menschen veranlassen können, ihr Heimatland zu verlassen und in die Schweiz zu kommen. Noch 1988 wurde den Flüchtlingen von 37 Prozent der Befragten zugestimmt, dass sie als politische oder religiös Verfolgte in der Schweiz um Asyl nachsuchten. 1990 ist es noch ein Viertel der Schweizerinnen und Schweizer, der den Asylbewerbern auch einen rechtlichen Anerkennungsgrund (Verfolgung aus politischen, religiösen oder ethnischen Gründen) zugestimmt.

Die grösste Befragtengruppe (30%) glaubt, dass wirtschaftliche Not der hauptsächlichste Auslöser für Flüchtlingsbewegungen mit Zielort Schweiz sei. Kriegerische Auseinandersetzungen werden nur von einer kleinen Minderheit (6%) als Fluchtgrund gesehen.

**Tabelle 6**

## Gründe für Asylgesuche

Gründe	1988		1990	
	N	%	N	%
- Bedrohung durch Krieg	143	13	61	6
- Staatliche Verfolgung aus politischen oder religiösen Gründen	389	37	249	25
- Wirtschaftliche Not	194	18	296	30
- Persönliche Gründe	79	7	102	10
- Verschiedene Gründe	241	23	249	25
- weiss nicht/k.A.	26	2	41	4
Total	1067	100	998	100

Im Vergleich zur Umfrage von 1988 hat sich die Beurteilung der Fluchtgründe also merklich verschoben. Eine relative Mehrheit der Befragten ist heute der Auffassung, dass es sich bei der Mehrheit der Asylbewerber um Wirtschaftsflüchtlinge und im Sinne des Gesetzes um "unechte" Flüchtlinge handle.

Insbesondere in den Augen von CVP-Sympathisanten (37%), Männern (35%) und Befragten mit höherem Lebensstandard (34%) haben Asylbewerber in der Schweiz ihr Heimatland besonders oft aus wirtschaftlichen Motiven verlassen. Frauen (29%), Befragte mit hohem Bildungsniveau (30%) und Sympathisanten der SPS (32%) oder der Grünen Partei (43%) gestehen den Asylbewerbern noch am ehesten einen Grund im Sinne des völkerrechtlichen Flüchtlingsbegriffs zu.

### 3.3. Zufriedenheit mit der Asylpolitik des Bundes

Wie zufrieden sind denn Herr und Frau Schweizer eigentlich mit der Asylpolitik des Bundes im allgemeinen?

**Tabelle 7**

Zufriedenheit mit der Asylpolitik des Bundes

	N	%
sehr zufrieden	13	1
zufrieden	249	25
unzufrieden	411	41
sehr unzufrieden	201	20
weiss nicht/k.A.	124	13
<b>Total</b>	<b>998</b>	<b>100</b>

Eine Mehrheit der Befragten (61%) ist mit der heutigen Marschrichtung nicht zufrieden, darunter finden sich sowohl die Befürworter einer liberaleren Politik als auch die Gegner einer allzu grosszügigen Aufnahmepaxis, wobei die Befragten, die eine restriktive Haltung einnehmen, deutlich unzufriedener sind (72%) als die Anhänger einer liberalen Asylpolitik (54%)<sup>1)</sup>. Nur gerade 26 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer signalisieren ihre Zufriedenheit mit der geltenden Politik. 13 Prozent der Befragten mochten sich auf diese Frage überhaupt nicht äussern.

1) Zur Operationalisierung der Variable "restriktive/liberale Einstellung zur Asylpolitik" wurde ein Index aus den Fragen 32 (Aufnahme von Flüchtlingen), 33 (Polizeiliche Ausschaffung) und 36 (Limitierung der Aufnahme) errechnet. Die Antworten wurden so rekodiert, dass der Code "1" eine restriktive Haltung, der Code "2" eine status-quo orientierte Haltung und der Code "3" eine liberale Haltung repräsentierte. Die rekodierten Variablen wurden mit gleicher Gewichtung addiert, was einen Summenindex mit dem Rang 3-9 ergab. Anschliessend wurde der Index durch Multiplikation mit dem Faktor 3/(3-Anzahl 'keine Antwort') standardisiert. Befragte mit einem Indexwert kleiner als 5 wurden der Kategorie "restriktive Haltung" zugeordnet, ein Indexwert von 7 oder höher wurde als Indiz für eine liberale Haltung gewertet.

Am ehesten Unterstützung findet die behördliche Asylpolitik bei den Sympathisanten der bürgerlichen Parteien (Fdp: 31%; CVP: 39%; SVP: 34%), am wenigsten zufrieden sind regelmässige Urnengänger (66%), Mittel- und Hochschulabsolventen (69%) und Sympathisanten von Parteien des linken Spektrums (SPS: 72%; Grüne: 65%; POCH/PdA/SAP: 77%).

**Tabelle 8**

Gründe für die Unzufriedenheit mit der Asylpolitik des Bundes (Unzufriedene, sehr Unzufriedene gemäss Tab. 7)

	N	%	liberale Haltung %	restriktive Haltung %
- Lange Verfahrensdauer	225	37	66	18
- die meisten Gesuchsteller sind keine echten Flüchtlinge	198	32	8	44
- grosse Zahl von Asylbewerbern	67	11	3	19
- hohe Kosten	31	5	0	9
- Spannungen durch fremde Kulturen	37	6	4	7
- Andere Gründe	43	7	17	3
- k.A.	11	2	1	1
Total	612	100	100	100

Tabelle 8 gibt einen Überblick über die Gründe, die von Befragten für ihre Unzufriedenheit genannt werden. Am häufigsten (37%) findet dabei die lange Verfahrensdauer bis zur Erledigung eines Asylantrags Erwähnung. Insbesondere Befürworter einer liberaleren Asylgesetzgebung (66%) geben diesen Punkt als wichtigsten Grund an. Dieses Ergebnis ist wohl dahingehend zu interpretieren, dass einerseits "unechte Flüchtlinge" möglichst schnell zurückzuschicken seien, andererseits aber auch eine raschere Aufnahme von anerkannten Flüchtlingen erwünscht wäre. Grundsätzlich ist anzunehmen, dass den meisten Befragten das "Verfahren 88", das eine wesentliche Abkürzung mit sich bringt, nicht bekannt ist. Die "lange Ver-

fahrendsdauer" ist vermutlich eher mit den aufgelaufenen Pendenzen aus früheren Jahren in Verbindung zu bringen als mit der aktuellen Praxis.

Von einem weiteren Drittel der Befragten (32%) wird bemängelt, dass es sich bei den meisten Gesuchstellern nicht um echte Flüchtlinge handle. Ein Dorn im Auge sind die "unechten" Asylbewerber besonders Befragten, die eine restriktive Asylpolitik befürworten (44%), FdP-Sympathisanten (43%) und Arbeitern (40%), aber auch Befragten mit einem höheren Lebensstandard (37%). Nicht beachtet wird von diesen Befragten, dass der Bund kaum Einfluss auf die Herkunft und die Art der Flüchtlinge ausüben kann, die in die Schweiz kommen.

Andere Gründe für ihre skeptische Einschätzung der Asylpolitik des Bundes werden von 29 Prozent der Befragten geltend gemacht: eine generell zu grosse Zahl von Asylbewerbern (11%), zu hohe Kosten (5%), Spannungen durch Flüchtlinge aus fremden Kulturen (6%) und verschiedene weitere Gründe (7%).

Die Auswertung der Frage zur Zufriedenheit mit der Asylpolitik des Bundes legt den Schluss nahe, dass eine restriktivere Asylpolitik und eine speditivere Abwicklung der Verfahren von einem grossen Teil der Bevölkerung gefordert wird. Diese Folgerung ist insofern einzuschränken, als den Befragten aufgrund der vorgegebenen Antwortkategorien kaum die Möglichkeit gegeben war, ihre Unzufriedenheit dahingehend zu begründen, dass die Asylpolitik zu wenig liberal sei. Immerhin zeigt Tabelle 8 deutlich, dass Befragte mit einer restriktiven, bzw. einer liberalen Haltung aus höchst unterschiedlichen Gründen mit der Politik des Bundes nicht zufrieden sind.

#### 4 OFFENE FRAGEN DER FLÜCHTLINGS- UND ASYLPOLITIK

Abschliessend wurde den Befragten eine Reihe von Fragen zu aktuellen Problemen und politisch umstrittenen Punkten vorgelegt. Zwar lassen sich die Antworten als Fingerzeig für mögliche politische Präferenzen und Vorstellungen über eine künftige Ausrichtung der Asylpolitik werten. Es gilt dabei aber zu beachten, dass die Einstellungen zur Asylpolitik - wie der

Vergleich mit der Umfrage von 1988 - keineswegs festgefügt und stabil sind, auch wenn gewisse Konstanten festzustellen sind. Aus einer Momentaufnahme, wie sie diese Untersuchung darstellt, Strategien für die Zukunft herauslesen zu wollen, wäre nicht zulässig. Ueber die Akzeptanz von asylpolitischen Reformen können allenfalls langfristige Trendindikatoren Auskunft geben.

#### 4.1. Limitierung der Flüchtlingszahlen

Die Untersuchung ging davon aus, dass nicht allein die Zahl der Flüchtlinge, denen die Schweiz dauernde Aufnahme gewährt, sondern ebenso sehr die Zahl der jährlich neu eintreffenden Asylbewerber die Haltung zur Asylpolitik massgebend bestimmt. Deshalb wurden die Befragten gebeten, ihre Vorstellungen einer maximalen Zahl von Asylgesuchen, welche die Schweiz pro Jahr entgegennehmen soll, zu präzisieren.

**Tabelle 9**

Zahlenmässige Aufnahmebegrenzungen

Limite 1988 Antwortkategorie	1990 Antwortkategorie	1988		1990	
		N	%	N	%
keine Begrenzung		463	43	362	36
Max. 50'000 pro Jahr		48	4	42	4
	Max. 25'000 pro Jahr			48	5
Max. 10'000 pro Jahr		81	8	77	8
Max. 5'000 pro Jahr		124	12	100	10
Keine neuen Asylgesuche		202	19	189	19
weiss nicht/k.A.		149	14	180	18
Total		1067	100	998	100

36 Prozent (1988: 43%) der Befragten möchten überhaupt keine Obergrenze festlegen. Ein Fünftel ist indessen für eine Schliessung der Grenzen (1988: 19%). Limiten zwischen 5'000 und 50'000 Flüchtlingen pro Jahr werden von insgesamt 29 Prozent der Befragten vorgeschlagen (1988:

24%). 18 Prozent schliesslich sind nicht in der Lage, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Angesichts der aktuellen Zahl von Asylbewerbern (ca. 25'000 pro Jahr) wären ca. zwei Fünftel (37%) für eine drastische Beschränkung, 45 Prozent sind mit der heutigen Aufnahmepraxis eher einverstanden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Zahl der jährlich eintreffenden Flüchtlinge eher überschätzt wird. Aufgrund dieser Ueberlegung halten sich Befürworter und Gegner einer Limitierung wohl etwa die Waage. Eine Quotenregelung wäre angesichts des polarisierten Meinungsspektrums kaum durchsetzbar.

Gegen jede weitere Aufnahme von Flüchtlingen wenden sich insbesondere Rentnerinnen und Rentner (26%), sowie Arbeiter (28%) und Befragte mit obligatorischer Schulbildung (31%). Eine Limitierung der Zahl der Asylgesuche, welche die Schweiz pro Jahr entgegennehmen soll, wird von einer Mehrheit der SPS-Sympathisanten (51%), von einem überwiegenden Teil der regelmässigen Urnengänger (45%), von Befragten mit Mittel- oder Hochschulbildung (57%) und den jüngeren Schweizerinnen und Schweizern (45%) verworfen.

Bildung, Schichtzugehörigkeit und Alter gelten als die wichtigsten soziodemographischen Determinanten von politischen Einstellungen. In der vorliegenden Umfrage wird eine liberale Asylpolitik in erster Linie von jüngeren Personen, von Befragten mit hohem Bildungsniveau, von Sympathisanten der Grünen Partei und der Linksparteien, von Westschweizern, Angestellten (white collar) und von politisch Interessierten (d.h. regelmässigen Urnengängern) verfochten. Arbeiter (blue collar), Befragte im Rentenalter oder mit eher niedrigem Bildungsniveau, Wähler mit einer bürgerlichen Parteipräferenz und in geringerer Masse Deutschschweizer und Befragte mit einem höheren Lebensstandard treten eher für eine restriktivere Aufnahmepraxis ein.

#### 4.2. Polizeiliche Ausschaffung

Auseinandersetzungen über die Asylpolitik entzündeten sich immer wieder an der Frage, ob abgelehnte Asylbewerber, die nicht freiwillig ausreisen, von der Polizei ausgeschafft werden sollen. In diesem Zusammenhang hat insbesondere die Ausschaffung der Zairer Maza und Musey (vor allem in der Westschweiz) ein grosses Medienecho ausgelöst.

**Tabelle 10**

Polizeiliche Ausschaffung abgelehnter Asylbewerber

Ausschaffung	1988		1990	
	N	%	N	%
ja, in jedem Fall	235	22	329	33
in der Regel (Ausnahmen aus humanitären Gründen)	624	58	472	47
nein, in keinem Fall	157	15	127	13
weiss nicht/k.A.	51	5	70	7
<b>Total</b>	<b>1067</b>	<b>100</b>	<b>998</b>	<b>100</b>

Es zeigt sich auch hier, dass sich die Haltung der Bevölkerung zu Asylfragen in den letzten beiden Jahren eher verhärtet hat. 1990 befürworteten 33 Prozent der Befragten eine polizeiliche Ausschaffung in jedem Fall, 1988 waren es noch 22 Prozent. 47 Prozent (1988: 58%) stimmen dem Ausweisungsprinzip in der Regel zu, sind aber bereit, aus humanitären Gründen Ausnahmen zu gestatten. 13 Prozent möchten gar keine Ausweisungen vornehmen (1988: 15%) und 7 Prozent haben keine Meinung (1988: 5%).

Westschweizer nehmen in dieser Frage eine wesentlich liberalere Haltung ein als Deutschschweizer. Nur gerade 13 Prozent der Westschweizer möchten eine bedingungslose Ausweisung vorsehen (Deutschschweiz: 40%). Ein Fünftel der Befragten in der Westschweiz ist in jedem Fall gegen eine Ausschaffung (Deutschschweiz: 10%). Besonders häufig wenden sich auch SPS-Sympathisanten (26%) gegen eine polizeiliche Ausschaffung. Für eine

generelle Ausschaffungsregel mit Ausnahmen plädieren am ehesten Befragte mit Mittel- oder Hochschulabschluss (57%).

Eine relative Mehrheit stimmt hier einer Kompromisslösung zu. Es bleibt allerdings offen, welche humanitären Gründe von den Befragten als hinreichend für einen Verzicht auf polizeiliche Ausschaffung betrachtet werden. Es ist anzunehmen, dass es schwierig wäre, eine allgemein akzeptierte Ausnahmeregelung zu finden. Eine grosszügige Ausweisungspraxis bei humanitären Gründen wird aber von einer knappen Mehrheit der Bevölkerung getragen.

#### 4.3. Sollen Asylbewerber arbeiten dürfen?

Eine letzte Frage befasste sich mit der Situation der Asylbewerber, über deren Antrag seitens der Behörden noch nicht entschieden wurde. 46 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass diesen Asylsuchenden eine Arbeitsbewilligung ohne jede Einschränkung erteilt werden soll (1988: 41%). 30 Prozent wollen die Arbeitsmöglichkeiten auf jene Bereiche beschränken, in denen Mangel an Arbeitskräften herrscht. Je 10 Prozent der Schweizerinnen und Schweizer wollen Teilzeitarbeit erlauben, bzw. den Asylbewerbern gar keine Arbeitsmöglichkeit einräumen.

**Tabelle 11**

Arbeit von Asylbewerbern

Arbeit	1988		1990	
	N	%	N	%
ohne Einschränkung	437	41	463	46
nur Teilzeitarbeit	120	11	96	10
nur wo Mangel an Arbeitskräften	401	38	298	30
Auf keinen Fall	65	6	98	10
weiss nicht/k.A.	44	4	43	4
Total	1067	100	998	100

Bei den Befragten, die eine Arbeit ohne Einschränkung ermöglichen wollen, finden wir jene Gruppen wieder, die sich schon in anderem Zusammenhang "asylfreundlich" gezeigt haben: Westschweizer (52%), regelmässige Urnengänger (51%), Mittel- und Hochschulabsolventen (57%), Befragte unter 40 (51%) sowie Sympathisanten der SPS (56%), der Grünen Partei (59%) und auch der SVP (60%). Ältere Befragte und Sympathisanten von bürgerlichen Parteien (CVP, FDP) möchten eher restriktiv, bzw. nur in Wirtschaftsbereichen, wo Mangel an Arbeitskräften herrscht, Arbeitsbewilligungen erteilen.

Während in den meisten übrigen Bereichen der Asylpolitik von der Bevölkerung im Vergleich zu 1988 offensichtlich eher eine verschärfte Gangart verlangt wird, ist bezüglich der Gewährung von Arbeitsbewilligungen an Flüchtlinge eine Tendenz zu einer Lockerung der Gesetzgebung festzustellen. Wer sich in der Schweiz aufhält - wenn er auch nicht auf Dauer erwünscht ist - und von den Einrichtungen des Staats profitiert, soll in den Augen der Befragten auch zum Wohlergehen der Wirtschaft beitragen: eine Haltung, die schon im Zusammenhang mit Diskussionen über verwandte Fragen wie Ueberfremdung, Saisonierstatut usw. anzutreffen war.

## 5 ZUSAMMENFASSUNG

1. Das Wissen der Schweizerinnen und Schweizer über die Herkunft und die Zahl der Flüchtlinge, die in unserem Lande um Asyl nachsuchen, ist als sehr gering einzustufen. Ueber die rechtlichen Gründe, die eine Asylgewährung erlauben, wissen die Befragten eher Bescheid. Der Kenntnisstand hat sich gegenüber 1988 nur unwesentlich verbessert. Reformen wie zum Beispiel das "Verfahren 88" sind in der Bevölkerung kaum bekannt.

Angesichts der verbreiteten Unzufriedenheit mit der Asylpolitik des Bundes könnte eine vermehrte Information der Bürger über aktuelle Fragen und Probleme zu einer Entkrampfung und zu einer Entschärfung der Fronten zwischen den politischen Lagern führen. Oder anders

formuliert: die Revisionen des Asylgesetzes (Beschleunigung der Verfahren, Einführung einer unabhängigen Rekursinstanz) zielen in die richtige Richtung, sind aber in ihren Auswirkungen für die Bevölkerung zu wenig spürbar, bzw. sie werden zu wenig wahrgenommen.

2. Die Grenze zwischen den Befürwortern einer liberalen Asylpolitik und den Gegnern einer allzu offenen Asylpraxis verläuft einerseits zwischen den Generationen, andererseits zwischen den Parteien links und rechts der Mitte.

Als dritte bestimmende Grösse kann die Schulbildung betrachtet werden. In einzelnen Fragen sind auch gewichtige Unterschiede zwischen Deutschschweizern und Westschweizern zu beobachten, wobei letztere eher eine offenere Haltung einnehmen.

3. Im Vergleich zu den Ergebnissen der 88-er Umfrage ist in der Bevölkerung die Tendenz zu einer härteren Haltung in der Asylpolitik feststellbar. Die Befürworter einer Schliessung der Grenzen oder einer restriktiven Limitierung der Aufnahme gewinnen an Boden. Auch eine bedingungslose Ausschaffung von abgelehnten Asylbewerbern durch die Polizei wird heute eher befürwortet als noch vor zwei Jahren. Klare Mehrheiten, die eine bestimmte künftige Ausrichtung der Asylpolitik nahelegen würden, finden sich allerdings weiterhin nicht. Jede Verschiebung der Konsensbasis in die eine oder die andere Richtung dürfte mit hartem Widerstand zu rechnen haben.